Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe der Stadt Wien

Jahresbericht 2011



Inhaltsverzeichnis

Ent	wicklung	gszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe	1
Dei	r Stadt V	Vien	1
Jahresbericht 2011			1
Inhaltsverzeichnis			2
1.	Einleit	3	
2.	Entwicklungszusammenarbeit		4
	2.1.	Albanien (I)	4
	2.2.	Albanien (II)	6
	2.3.	Bangladesch	8
	2.4.	Benin	10
	2.5.	Laos	12
	2.6.	Namibia	14
	2.7.	Nepal (I)	16
	2.8.	Nepal (II)	18
	2.9.	Pakistan	20
	2.10.	Ruanda	22
	2.11.	Sri Lanka	24
	2.12.	Türkei	26
	2.13.	Ukraine	28
	2.14.	Vietnam	30
	2.15.	Westsahara	32
3.	Sonderprojekte		34
	3.1.	Flutkatastrophe in Pakistan (I)	34
	3.2	Flutkatastrophe in Pakistan (II)	36
4.	Entwic	klungspolitische Fachtagung	38
5.	Fotoau	Fotoausstellung "Frauen in Namibia"	
6. 7	Sensibilisierung für entwicklungspolitische Anliegen		42
	7. Humanitäre Hilfe		44
	7.1.	Moldau	44
	7.2.	Rumänien	45
	7.3.	Serbien	46
	7.4	Ukraine	47
	7.5	Unterstützung humanitärer Hilfslieferungen	48
Imr	oressum:		49

1. Einleitung

Die Magistratsdirektion – Europa und Internationales (MD-EUI), vormals Magistratsdirektion – Auslandsbeziehungen (MD-AB), ist für die Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe der Stadt Wien verantwortlich. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) wurden NGOs bei der Durchführung von Entwicklungsprojekten in Afrika unterstützt. Dazu erging im Februar 2011 eine Einladung zur Einreichung von Förderanträgen ("Call for proposals") zum Titel: "Menschenrechte in der Entwicklungszusammenarbeit".

Zusätzlich zu den im Call for Proposals definierten Ausschreibungskriterien mussten grundsätzlich folgende Qualitätskriterien erfüllt werden:

- 1. NGO mit Sitz in Wien und EZA-Erfahrung
- 2. Ein- bis dreijähriges Projekt in einem Projektland laut DAC-Liste der OECD
- 3. Armutsbekämpfung
- 4. Empowerment (Befähigung)
- 5. Nachhaltigkeit
- 6. Gender Equality
- 7. Millennium Development Goals
- 8. Audit durch einen Chartered Accountant im Projektland

2. Entwicklungszusammenarbeit

2.1. Albanien (I)



Projektland: Albanien Hauptstadt: Tirana Größe: 28.748 km2 Einwohnerzahl: 3 Mio.

Sprachen: Albanisch, Romanes u.a.

Human Delevopment Index (HDI): 0,739 (70.)

Projektträger: ADRA

Laufzeit: August 2011 bis Oktober 2012

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: "Alphabethisierung und Sozialintegration von Roma-Frauen"

Ausgangslage:

In Albanien bilden die Roma noch immer eine marginalisierte Gruppe innerhalb der Gesellschaft. Sie leiden an sozialer Ausgrenzung, niedrigen Lebensstandards und kaum vorhandener Bildung. Seit dem Ende des Kommunismus sind 90 Prozent der Roma arbeitslos und oftmals von Schulbildung, öffentlicher Gesundheitsversorgung und Arbeitsmöglichkeiten abgeschnitten. Besonders betroffen sind Frauen, die durch ihr Geschlecht und die ethnische Zugehörigkeit doppelt diskriminiert sind. Hinzu kommen rigide patriarchale Familienstrukturen, die den Frauen kaum Entwicklungschancen geben. Mädchen werden schon als Minderjährige trotz gesetzlichen Verbots verheiratet, bekommen früh Kinder, die wiederum behördlich nicht registriert werden und schließlich wieder nicht die Schulpflicht erfüllen.

Ein Haupthindernis stellt der niedrige Bildungsstandard des Roma dar. Der Prozentsatz der AnalphabetInnen unter den Roma beträgt 52 Prozent. Als Folge davon ist den Eltern auch nicht die Notwendigkeit der Schulbildung ihrer Kinder bewusst.

Als den Lebensumständen der Roma angepasste Strategie wird ADRA ein vierstufiges Projekt mit der lokalen Schwestergesellschaft realisieren.

Maßnahmen:

Zunächst werden 100 bis 120 Roma-Frauen, die ihre Schulausbildung nie begonnen oder vorzeitig abgebrochen haben, alphabetisiert. Weitere Lerninhalte sind Sozial- und Gesundheitsthemen. Dazu werden vier Kurse zu jeweils drei Monaten Laufzeit für 20 bis 30 Frauen durchgeführt. Während der Ausbildungszeit wird für die Kinder der Frauen eine pädagogische Betreuung organisiert. Bei erfolgreichem Abschluss erhalten die Frauen ein staatlich anerkanntes Zertifikat.

Zusätzliche Trainings schärfen das Bewusstsein der Frauen für Hygiene, Familienplanung und gesunde Ernährung. Weiters sollen Strategien im Fall von häuslicher Gewalt thematisiert werden. Durch diese Bildungsmaßnahmen und das erworbene Selbstbewusstsein soll auch die amtliche Registrierung der Roma begleitet werden. ADRA wird hier nach dem Prinzip der Advocacy für die Rechte der Roma mit den lokalen Behörden arbeiten.

Das vorliegende Projekt ist aus den beschriebenen Gründen ein effektiver Beitrag zur bessere Sozialintegration einer gesellschaftlich benachteiligten Gruppe.



Foto: ADRA Österreich

2.2. Albanien (II)



Projektland: Albanien Hauptstadt: Tirana Größe: 28.748 km2 Einwohnerzahl: 3 Mio.

Sprachen: Albanisch, Romanes u.a.

Human Delevopment Index (HDI): 0,739 (70.)

Projektträger: Horizont 3000

Laufzeit: 1. September 2011 bis 30. April 2012

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: "Bekämpfung von intrafamiliärer Gewalt"

Ausgangslage:

In Albanien ist das Problem der innerfamiliären Gewalt in einem hohen Ausmaß vorhanden. Nach albanischen Statistiken wurden bereits 56 Prozent aller Frauen des Landes selbst Opfer von häuslicher Gewalt. Grund dafür sind patriarchale Familienstrukturen, ökonomische und soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und ein mangelndes Problembewusstsein in breiten Kreisen der Bevölkerung. Besonders bei der ländlichen Bevölkerung ist Gewalt in der Familie ein Tabuthema. Obwohl mehr als die Hälfte der Bevölkerung am Land lebt, erfolgen hier nur 27 Prozent aller Anzeigen.

Trotzdem ein Gesetz seit 2007 Maßnahmen gegen innerfamiliäre Gewalt vorsieht und auch ein nationaler Strategieplan zur Gleichbehandlung der Geschlechter besteht, mangelt es bei der Umsetzung sowohl an fachlichem Know-how als auch an finanziellen Ressourcen.

Maßnahmen:

Die entwicklungspolitische Nicht-Regierungsorganisation Horizont3000 wird deshalb gemeinsam mit der lokalen Partnerorganisation Institute of Gender Applied Policies (IGAP) ein Projekt zur Bewusstseinsbildung und Fortbildung aller relevanten AkteurInnen umsetzen. Dazu werden PolitikerInnen, Führungspersonen und leitende BeamtInnen auf lokaler Ebene zum Thema sensibilisiert. In fünf ausgewählten Gemeinden im Bezirk Miredita werden ca. 800 Frauen über die neue Gesetzeslage informiert und mögliche Maßnahmen im Fall von innerfamiliärer Gewalt aufgezeigt. In weiteren fünfzehn Informationsveranstaltungen werden

550 Schülerinnen der Oberstufenklassen bezüglich ihrer Rechte informiert und präventiv beraten. In einer nächsten Projektphase werden in fünf Workshops 60 ausgewählte Mitglieder der Gemeinderäte intensiv geschult und zu MultiplikatorInnen ausgebildet. Als übergeordnete Informationsmaßnahme für die Bevölkerung werden Plakate angefertigt werden.

Durch die beschriebenen Maßnahmen wird einerseits die Bevölkerung für das Thema Gewalt in der Familie sensibilisiert und andererseits werden konkrete Angebote für Mädchen und Frauen, die Opfer von innerfamiliärer Gewalt sind, erarbeitet. Besonders hervorzuheben ist die Nachhaltigkeit dieses Projektes, da es explizit auf die Stärkung der Kapazitäten von lokalen Akteurlnnen abzielt und so einen Beitrag zum gewünschten institutionellen Wandel leistet.

2.3. Bangladesch



Projektland: Bangladesch

Hauptstadt: Dhaka Größe: 147.569 km2 Einwohnerzahl: 143 Mio. Sprachen: Bengalisch u.a.

Human Delevopment Index (HDI): 0,543 (146.)

Projektträger: SONNE-International

Laufzeit: 1. September 2011 bis 30. August 2013

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: "Computertraining für ethnische Minderheiten"

Ausgangslage:

Als am dichtesten besiedelter Staat der Erde zählt Bangladesch mit seinen mehr als 160 Millionen EinwohnerInnen noch immer weltweit zu den ärmsten Ländern. Besonders marginalisiert sind die ca. 1,5 Millionen Angehörigen der tibeto-birmanischen Minderheiten im östlichen Hochland der Chittagong Hills an der Grenze zu Myanmar (Burma). Das Siedlungsgebiet ist nach kriegerischen Auseinandersetzungen, die 1997 zu Ende gegangen sind, und mit seiner infrastrukturellen Unterentwicklung stark von Armut geprägt. Erst seit kurzer Zeit gibt es Investitionen, die zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung beitragen. Nach wie vor mangelt es an schulischer und medizinischer Infrastruktur sowie an Jobmöglichkeiten.

Maßnahmen:

Die Organisation SONNE-International, die schon seit dem Jahr 2004 Schulprojekte in dieser Region umsetzt, wird daher mit dem eingereichten Projekt eine Ausbildungsinitiative zur Berufsqualifikation von AbsolventInnen der 12 Hauptschulen in der Region Alikodom im Bereich EDV starten. In den zwei Jahren der Laufzeit des Projekts werden 300 Mädchen und Burschen eine kompakte Ausbildung erhalten, die ihnen nach Abschluss des Kurses einen Berufseinstieg ermöglichen soll. Das Trainingsprogramm umfasst 36 Einheiten zu je 45 Minuten und dient dem Erlernen aller wichtigen Office-Paket Anwendungen inklusive der Internetnutzung. Da der Ausbildungslehrgang mit dem Technical Education Board of Bangladesh abgestimmt ist, werden alle AbsolventInnen ein national anerkanntes

Abschlusszertifikat erhalten. Zur Durchführung des Computerlehrganges wird ein Klassenraum mit 10 PC-Arbeitsplätzen eingerichtet und Lehrpersonal angestellt werden. Alle SchülerInnen werden einen, auf ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten abgestimmten, finanziellen Teilnahmebetrag zahlen. Außerhalb der Unterrichtszeiten wird die Infrastruktur als Internet-Cafe gegen Gebühr zur Nutzung für alle DorfbewohnerInnen zur Verfügung stehen bzw. werden die SchülerInnen schriftliche Dienstleistungen wie beispielsweise Schriftstücke an Behörden oder Verfassen von E-Mails für AnalphabetInnen gegen eine kleine Gebühr erledigen. Durch die so erzielten Einnahmen ist die nachhaltige Nutzung der Infrastruktur gewährleistet. Aus den angeführten Gründen ist das Projekt besonders förderungswürdig, da es der Ausbildung und Berufsqualifizierung von Angehörigen von ethnischen Minderheiten dient, die bisher keinen Zugang zum Menschenrecht auf Bildung hatten.



Foto: Sonne

2.4. Benin



Projektland: Benin Hauptstadt: Porto-Novo Größe: 114.763 km2

Einwohnerzahl: 8,5 Mio. Sprachen: Französisch u.a.

Human Delevopment Index (HDI): 0, 492 (161.)

Projektträger: Jugend Eine Welt

Laufzeit: Oktober 2011 bis Dezember 2012

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: "Schutz gegen Kinderhandel und Missbrauch von Frauen"

Ausgangslage:

Benin ist eines der ärmsten Länder der Welt und nimmt im Human Development Index (HDI) der Vereinten Nationen von 2010 den 134. Platz von 169 Ländern ein. Etwa ein Drittel der Bevölkerung lebt in extremer Armut, die Wirtschaft ist stark von Weltmarktpreisen für Baumwolle abhängig, Analphabetismus und Bildungsschwäche behindern die wirtschaftliche Entwicklung. Armutsbekämpfung ist nicht nur ein zentrales Thema der Regierung Benins, sondern steht auch im Zentrum der Politik vieler Geberländer und internationaler Partner Benins. Das von "Jugend Eine Welt" eingereichte Entwicklungsprojekt widmet sich dem Schutz vor Kinderhandel, Kinderarbeit und Missbrauch in diesem westafrikanischen Staat. Es ist die Fortführung und Vertiefung eines bereits 2010 von der Stadt Wien geförderten Projekts, welches sehr erfolgreich läuft.

Kinderarbeit und Kinderhandel sind weit verbreitet und sind aus einer Abänderung eines traditionellen Systems entstanden, bei dem Kinder an verwandte bzw. an reichere Familien abgetreten wurden, um den sozialen und ökonomischen Zusammenhalt zu stärken. Seit den 1980er Jahren hat sich jedoch ein wahrer Kinderhandel entwickelt, von dem nach Angaben von UNICEF jährlich ca. 50.000 Minderjährige betroffen sind. Damit einhergehen körperlicher und sexueller Missbrauch, Armut und fehlende Bildung. Bereits seit zehn Jahren widmen sich die Don Bosco-Schwestern in Benin der Präventionsarbeit und dem Schutz der betroffenen Kinder.

Maßnahmen:

Das eingereichte Projekt wird die bisherigen Aktivitäten ausweiten und die Bevölkerung in fünf abgelegenen Dörfern erreichen. Das ein Jahr laufende Projekt gliedert sich dabei in drei Teile. 50 Mädchen und Frauen aus fünf Dörfern werden intensiv mittels Workshops im Bereich Frauen-, Familien- und Kinderrechte geschult. Weitere 60 Mädchen und Frauen erhalten eine Ausbildung in den Bereichen Landwirtschaft, Kleintierzucht, Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten und Seifenerzeugung.

Die dritte Ebene des Projekts umfasst die Sensibilisierung und Aufklärung von weiteren 3.000 Personen in fünf Dörfern durch zwölf erweiterte Infoveranstaltungen zum Thema Frauengleichstellung, Bildung und Rechtszugang.

Dieser kombinierte Ansatz aus Sensibilisierungsmaßnahmen im Bereich Menschenrechte und Gender sowie Maßnahmen zur Schaffung einer ökonomischen Existenz für Frauen, entspricht in hohem Maße den ausgeschriebenen entwicklungspolitischen Kriterien.





Fotos: Jugend Eine Welt

2.5. Laos



Projektland: Laos Hauptstadt: Vientiane Größe: 236.800 km2 Einwohnerzahl: 6,8 Mio. Sprachen: Lao u.a.

Human Development Index (HDI): 0.497 (2010)(122.)

Projektträger: Rotes Kreuz

Laufzeit: 1. November 2011 bis 31. Oktober 2012

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: "Recht auf Wasser und Gesundheit in Luang Namtha"

Ausgangslage:

Die südostasiatische Republik Laos steht im Human Development Index der Vereinten Nationen im Jahr 2010 an 122. Stelle von insgesamt 169 Staaten und zählt unter den südostasiatischen Staaten zu den am stärksten von Armut und Unterentwicklung betroffenen Ländern. Nur 51 Prozent der ländlichen Bevölkerung in Laos hat Zugang zu sauberem Wasser und nur 38 Prozent haben einen Zugang zu sanitären Einrichtungen. Mangel an sauberem Wasser und mangelnde Hygiene führen zu vielen Krankheit und Todesfällen, da oftmals der Zusammenhang von Wasser, Hygiene und Gesundheit der Bevölkerung nicht bekannt ist. Zwar wurden in den letzten Jahren Maßnahmen seitens der Regierung zur Verbesserung der Wasserversorgung gesetzt, doch mangelt es an Einbindung der Bevölkerung und an Bewusstseinsarbeit.

Die Stadt Wien hat in Laos bereits 2009 ein Projekt mit dem Roten Kreuz zur Verbesserung der Mutter-Kind-Gesundheit, Hygiene und Hebammenausbildung umgesetzt. Das nun angestrebte Interventionsgebiet liegt ebenfalls in einer schwer zugänglichen nördlichen Provinz. Das nun vorliegende Projekt ist Teil eines größeren Gesundheitsprogramms in Luang Namtha mit dem Fokus auf Wasser-, Latrinen-, und Gesundheitsförderung sowie methodischem Fokus auf Empowerment und Partizipation.

Maßnahmen:

In einer ersten Phase werden zwei Wasserversorgungssysteme und 50 Latrinen in zwei Dörfern gebaut. Die Auswahl der Dörfer erfolgt in Absprache mit der laotischen Wasserbehörde und entspricht dem lokalen Bedarf. In jedem Dorf wird ein Wasserkomitee gegründet, das in der Wartung dieser Systeme geschult wird. Die Dorfbevölkerung trägt neben der Arbeit auch durch Bereitstellung von Baumaterialien wie Sand und Steinen zum Bau bei.

In einer zweiten Phase werden die Wasserkomitees in Hygiene geschult und laufend begleitet. Hier wird besonders auf die gute Einbindung von Frauen in die Gesundheits- und Wasserkomitees geachtet werden. Alle Familien im Projektgebiet werden einen kleinen finanziellen Beitrag zur Erhaltung der Wasserver- und -entsorgung leisten. Umso mehr Männer und Frauen von Anfang an in die Entscheidungsprozesse eingebunden sind, desto höher wird die Nachhaltigkeit sein.

Ein wichtiger Aspekt des Projektes ist auch die Stärkung der lokalen Verwaltungsstrukturen und ein Kapazitätsaufbau sowohl bei den Behörden als auch auf Ebene der Dörfer. Mit dem Projekt wird ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung des Rechts auf Partizipation geleistet und die Eigenverantwortung der laotischen Bevölkerung gefördert.



Foto: Rotes Kreuz

2.6. Namibia



Projektland: Namibia Hauptstadt: Windhoek Größe: 824.748 km2 Einwohnerzahl: 2,1 Mio.

Sprachen: Englisch, Afrikaans, Oshiwambo u.a. Human Development Index (HDI): 0,606 (105.)

Projektträger: Österreichische Namibia Gesellschaft

Laufzeit: Juli 2011 bis November 2012

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: "Organisierung von Hausangestellten in Namibia"

Ausgangslage:

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Frauen in Namibia haben sich - trotz einer modernen Arbeitsgesetzgebung – de facto seit den 21 Jahren der Unabhängigkeit des Landes wenig verändert. Generell ist die Situation der Frauen auf dem namibischen Arbeitsmarkt prekär und die durchschnittliche Arbeitslosenrate liegt je nach Region zwischen 51 und 70 Prozent. Viele Frauen finden am formalen Arbeitsmarkt keine Anstellung, sodass die Arbeit als Hausangestellte oft die einzige Möglichkeit darstellt, in Lohnarbeit zu gelangen. Diese, aus der Zeit des europäischen Kolonialismus und der Apartheid ererbte Struktur des Arbeitsmarktes führt dazu, dass Frauen ohne Dienstverträge und ohne zeitliche Limitierung bzw. Freizeit in totaler Abhängigkeit von ihren ArbeitgeberInnen alle möglichen Arbeiten erledigen müssen. Sie arbeiten als Köchinnen, Babysitterinnen, sie versorgen die Haustiere und den Garten, reinigen das Haus und Autos usw. und erhalten im Gegenzug nur eine minimale Entlohnung. Der fehlende ArbeitnehmerInnenschutz führt zu einer großen Zahl an physischen, sexuellen und psychologischen Missbrauchsfällen. Hausangestellte zählen somit zu den am meisten ausgebeuteten Berufsgruppen in Namibia. Teil des Problems ist auch die faktische Inexistenz der früheren Gewerkschaft der Hausangestellten. Ein Einklagen der in der Verfassung garantierten ArbeitnehmerInnenrechte ist de facto unmöglich.

Maßnahmen:

Die Österreichische Namibia-Gesellschaft wird nun mit dem vorliegenden Projekt einerseits Informations- und Bildungsarbeit mit den Hausangestellten durchführen, andererseits wird der Aufbau einer gewerkschaftlichen Selbstvertretung angestrebt.

Zunächst werden Workshops für Hausangestellte abgehalten, um Sie über ihre Rechte zu informieren und Problemlösungsansätze zu erarbeiten. In einer zweiten Phase werden regionale Komitees zur Vertretung der Hausangestellten eingerichtet Schulungsunterlagen in den beiden wichtigsten Sprachen Oshiwambo und Afrikaans erstellten. Weiters wird eine Person als hauptamtliche Koordinatorin die Wiedererrichtung der Namibia Domestic and Allied Workers Union vorbereiten. Dadurch wird es einer großteils weiblichen Berufsgruppe möglich, Verbesserungen zu erkämpfen, einen strukturellen Wandel einzuleiten und sich aus Armut und gesellschaftlicher Marginalisierung zu befreien. Mit der lokalen Partnerorganisation, dem Labour Ressource and Research Institute (LaRRI), steht ein kompetenter Kooperationspartner für die Umsetzung zur Verfügung.

Mit der Förderung dieses Projektvorhabens wird auch ein Wiener bzw. österreichischer Beitrag zur Erfüllung der Konvention der International Labour Organisation (ILO) bezüglich der Rechte von Hausangestellte geleistet.





Foto: Österreichische Namibia Gesellschaft

2.7. Nepal (I)



Projektland: Nepal Hauptstadt: Kathmandu Größe: 147.181 km2 Einwohnerzahl: 30 Mio. Sprachen: Nepali u.a.

Human Development Index (HDI): 0,428 (138.)

Projektträger: PHASE

Laufzeit: November 2011 bis Oktober 2014

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: "Frauenalphabetisierung und Aufholklassen"

Ausgangslage:

Nepal ist eines der ärmsten Länder der Welt und nimmt im Human Development Index (HDI) der Vereinten Nationen von 2011 den 138. Platz von 169 Ländern ein.

In der Gruppe der asiatischen Länder liegt Nepal bei den Armutsindikatoren an vorletzter Stelle vor Afghanistan. Etwa ein Drittel der Bevölkerung lebt in extremer Armut, wovon besonders die Bevölkerung in den abgelegenen Dörfern betroffen ist. Die soziale und wirtschaftliche Situation ist auch nach Beendigung des zehnjährigen Bürgerkrieges 2006 noch immer dramatisch.

Acht Prozent der Kinder zwischen fünf und neun Jahren erhalten keinerlei formale Bildung bzw. bricht die Mehrheit der SchülerInnen vorzeitig die Schule ab, um in der Subsistenzlandwirtschaft der Eltern mitzuarbeiten. In vielen entlegenen Regionen gibt es kein ausgebildetes Lehrpersonal und keine geeignete Infrastruktur, sodass insgesamt der Wert der Bildung bei der Bevölkerung kaum geschätzt wird. Dies führt dazu, dass die Grundschule von weniger als 30 Prozent der Buben und von weniger als 20 Prozent der Mädchen abgeschlossen wird.

Um diesem Bildungsdefizit entgegenzuwirken, hat die nepalesische Regierung mit Unterstützung der Weltbank 2009 eine ehrgeizige Bildungsinitiative für die nächsten fünfzehn Jahre gestartet, die nun von PHASE-Austria mit einem Schwerpunktprojekt ergänzt wird.

Dazu wird gemeinsam mit der lokalen Partnerorganisation PHASE-Nepal ein Projekt zur Alphabethisierung von Kindern und Frauen gestartet. Das übergeordnete Ziel ist die Wiederherstellung und Stärkung des öffentlichen Schulsektors.

Das auf drei Jahre angelegte Projekt beginnt mit Aufklärungsarbeit durch SozialarbeiterInnen in sieben ausgewählten Dörfern, um die Wichtigkeit der Bildung - vor allem auch für Mädchen - mit den Eltern zu erarbeiten. Für ca. 60 Kinder werden sogenannte Aufholklassen eingerichtet, in denen sie lesen und schreiben lernen und anschließend in den Regelschulbetrieb wechseln können. Für 180 Frauen wird einjähriger ein Alphabetisierungskurs organisiert werden, in dem auch Themen wie Hygiene und Einkommensgenerierung behandelt werden. In zwei Dörfern wird die Infrastruktur für den Lehrbetrieb der 1. - 5. Klassen wieder hergestellt.

Nach Projektabschluss werden alle sieben ausgewählten Gemeinden befähigt sein, ihr Recht auf Bildung zu verstehen und in Anspruch nehmen zu können. Die Fördermittel der Stadt Wien werden anteilsmäßig für die notwendigen Personal- und Infrastrukturmaßnahmen Verwendung finden.

Die durch dieses Projekt erreichten Bildungsziele können einen nachhaltigen Beitrag zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung leisten. Die Abstimmung mit dem nationalen Entwicklungsplan Nepals und die beabsichtigte Stärkung des öffentlichen Schulsystems sind aus Sicht der Stadt Wien besonders berücksichtigte Projektziele, die dem ausgeschriebenen Kriterienkatalog entsprechen.



Foto: Phase

2.8. Nepal (II)



Projektland: Nepal Hauptstadt: Kathmandu Größe: 147.181 km2 Einwohnerzahl: 30 Mio. Sprachen: Nepali u.a.

Human Development Index (HDI): 0,428 (138.)

Projektträger: ADRA

Laufzeit: 1. November 2011 bis 30. Juni 2012

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: "Alphabetisierung und Promotion von Frauenrechten"

Ausgangslage:

In Nepal ist das Leben vieler Frauen von Armut, mangelnder Bildung und sozialer Ausgrenzung gekennzeichnet. Die niedrige Alphabetisierungsrate von weniger als 30 Prozent macht es Frauen sehr schwer, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen oder einer ökonomischen Tätigkeit abseits der Subsistenzlandwirtschaft nachzugehen. Hinzu kommt das Problem der häuslichen Gewalt. Besonders Frauen, die Angehörige einer ethnischen Minderheit sind und in einer schwer zugänglichen Region wohnen, sind vom staatlichen Bildungssystem, welches auf der Sprache Nepali beruht, nur marginal erfasst.

Maßnahmen:

Ziel des Projektes ist es, 900 Frauen, die zur ethnischen Gruppe der Tharu gehören, in 30 Gruppen zu je 30 Personen zu organisieren und auszubilden. Die entwicklungspolitische Nicht-Regierungsorganisation ADRA wird gemeinsam mit der lokalen Partnerorganisation zunächst 30 AlphabetisierungstrainerInnen ausbilden. Diese TrainerInnen werden auch Kenntnisse zum Thema Menschenrecht mit Schwerpunkt Frauen- und Kinderrechte erwerben sowie im Umgang mit Fällen von häuslicher Gewalt geschult werden. Über einen Zeitraum von einem Jahr werden dann die 900 Frauen alphabetisiert und in menschenrechtlichen Thematiken unterrichtet. Methodisch und didaktisch wird der Unterricht durch speziell adaptierte Bücher unterstützt. Weiters kommen Straßentheateraufführungen für 500 Personen und 25 Radiosendungen zum Einsatz. Die 900 direkt Begünstigten dieses

Projekts werden somit befähigt, am sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsprozess des Landes teilzuhaben.

2.9. Pakistan



Projektland: Pakistan Hauptstadt: Islamabad Größe: 880.254 km2 Einwohnerzahl: 173 Mio.

Sprachen: u.a.

Human Development Index (HDI): 0,490 (141.)

Projektträger: Licht für die Welt **Laufzeit**: Juli 2011 bis Juni 2012

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: "Recht auf Inklusion in Kharco"

Ausgangslage:

Das Interventionsgebiet des vorliegenden Projekts ist das Bergdorf Kharco im Karakorum-Gebirge im Norden Pakistans. Das Dorf besteht aus 140 Haushalten und zählt rund 1.120 BewohnerInnen. Die Menschen leben von der Subsistenzlandwirtschaft und leiden an mangelndem Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung. Während der Flutkatastrophe 2010 wurde die Siedlung stark zerstört. Besonders prekär ist die Situation der behinderten Menschen in diesem Dorf.

Um das Recht auf Inklusion von Menschen mit Behinderung in Kharco umzusetzen, wird Licht für die Welt gemeinsam mit der lokalen Partnerorganisation Civil Society Human and Institutional Development Programme (CHIP) ein Projekt für 56 Menschen mit Behinderung zur sozialen, ökonomischen und infrastrukturellen Integration umsetzen. Darüber hinaus sollen alle DorfbewohnerInnen durch bewusstseinsbildende Maßnahmen Verantwortung für die Befähigung und gleichberechtigte Partizipation von Menschen mit Behinderung übernehmen.

Maßnahmen:

Die Projektmaßnahmen gliedern sich in sechs Teilbereiche. Zunächst wird der existierende Dorfverein für das Thema Gleichstellung und Inklusion sensibilisiert und geschult. In einer zweiten Phase werden Rehabilitationsmaßnahmen für behinderte Menschen umgesetzt. Diese beinhalten ärztliche Untersuchungen, Physiotherapien sowie den Umbau von sechs

Häusern und fünfzehn Latrinen im Sinne des barrierefreien Zuganges. Weiters werden zwei Personen zu BehindertenbetreuerInnen ausgebildet.

In einer dritten Stufe erfolgen Trainings für fünfzehn Personen zur Schaffung eines eigenen Einkommens. Da Hunger und Unterernährung in dieser Bergbauernregion ständig präsent sind, trägt dies zur Nahrungsmittelsicherung der Haushalte entscheidend bei.

Die vierte Ebene des Projekts bezieht sich auf die Informationskampagne. Da die BewohnerInnen mehrheitlich AnalphabetInnen sind, wird über sechs Theaterstücke die Wichtigkeit von Inklusion vermittelt werden. Der fünfte Aspekt der Intervention umfasst die Unterstützung von zwei der fünf behinderten Kinder des Dorfes zur Ermöglichung des Schulbesuchs.

Da das Thema Inklusion von Menschen mit Behinderung ein wichtiger Teilbereich der österreichischen Entwicklungspolitik ist und auch auf dem Millennium Development Goal Summit der Vereinten Nationen im September 2010 bekräftigt worden ist, leistet die Stadt Wien mit der finanziellen Förderung dieses Projektes einen nachhaltigen Beitrag.

2.10. Ruanda



Projektland: Ruanda Hauptstadt: Kigali Größe: 26.338 km2 Einwohnerzahl: 11,1 Mio. Sprachen: Kiruanda u.a.

Human Development Index (HDI): 0,385 (152.)

Projektträger: CARE

Laufzeit: 1. Juli 2011 bis 31. Dezember 2012

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: "Kinderrecht für benachteiligte Mädchen und Burschen"

Ausgangslage:

Die Republik Ruanda ist bei einer Fläche von 26.338 km2 und einer Einwohnerzahl von ca. 9,3 Mio. das am dichtest besiedelte Land in Subsahara-Afrika. Trotz einiger bemerkenswerter Fortschritte im politischen, sozialen und ökonomischen Bereich während der letzten zehn Jahre, ist der Alltag für die Bevölkerung noch immer von Armut, Arbeitslosigkeit, mangelnder Infrastruktur und eingeschränktem Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung gekennzeichnet. Im Gender Inequality Index der Vereinten Nationen von 2010 rangiert Ruanda an der 152. Stelle von 169 erfassten Ländern.

Besonders dramatisch ist die Situation von Waisen und Kindern in prekären Lebenssituationen. Im Projektland gelten ca. 29 Prozent aller Kinder als "Orphans and Vulnerable Children (OVCs). Dieser hohe Anteil an OVCs ist eine Auswirkung des Genozids im Jahr 1994 sowie auf HIV/AIDS und die allgemeine Armut zurückzuführen. Noch mehr als alle übrigen Kinder, leiden die OVCs an Unterernährung, Krankheiten, Analphabetismus sowie physischer und sexueller Ausbeutung.

Maßnahmen:

Um diesen Problemen entgegenzuwirken, wird CARE gemeinsam mit zwei lokalen NGOs ein modulartiges Projekt implementieren. Im Rahmen des ersten Moduls werden 225 Mädchen und Burschen zu den Themen Gleichberechtigung der Geschlechter, gleicher Zugang zu Ressourcen im Haushalt, Recht auf Bildung geschult. Benachteiligte Mädchen und Burschen

werden so besser vor Gewalt und sexueller Ausbeutung geschützt und erwerben ein Wissen über reproduktive Gesundheit.

In einer zweiten Phase erfolgen Trainings, die eine Verhaltensänderung bei Burschen hinsichtlich Gewalt zum Ziel haben. Mit positiven Vorbildern, mit denen sich andere Burschen identifizieren können, werden in Workshops, bei Dorfversammlungen und durch Straßentheater Strategien gegen das Problem der Gender Based Violence erarbeitet.

In einem dritten Modul erhalten Mädchen eine Ausbildung zu Kleinstunternehmerinnen. Dazu werden Materialien und Kleintiere zur Verfügung gestellt, um durch den Verkauf landwirtschaftlicher Produkte ein kleines, unabhängiges Einkommen erwirtschaften zu können. Mit diesen Erträgen können die Mädchen ihre Ernährungssituation verbessern, Kleidung und Hygieneartikel beschaffen und Schulmaterialien erwerben.

2.11. Sri Lanka



Projektland: Sri Lanka Hauptstadt: Colombo Größe: 65.610 km2 Einwohnerzahl: 20,6 Mio.

Sprachen: Singalesisch, Tamilisch u.a.

Human Development Index (HDI): 0.759 (102.)

Projektträger: One World Foundation **Laufzeit**: August 2011 bis August 2012

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: "IT for girls "

Ausgangslage:

Nach wie vor besteht in Sri Lanka eine hohe Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in Bezug auf den Zugang zu Bildung und Erwerbstätigkeit. Im beabsichtigten Projektgebiet, dem Bezirk Galle, beträgt die Frauenerwerbsquote im nicht-landwirtschaftlichen Sektor nur 30 Prozent. Zwar ist die Arbeitslosigkeit im Land von 16 Prozent im Jahr 1990 auf 5 Prozent im Jahr 2008 gesunken, doch sind Frauen doppelt so oft von Arbeitslosigkeit betroffen. Signifikant ist der Unterschied besonders bei den ausgeübten Berufen. Während Männer eher Zugang zu höherer Bildung und damit zu qualifizierten Berufen finden, arbeitet die Mehrzahl der Frauen in Bekleidungsfabriken oder auf Teeplantagen. Im ländlichen Raum bleibt den Frauen qualifizierte Bildung und Berufsausübung meist unmöglich.

Maßnahmen:

Die One World Foundation hat bereits nach der Tsunami-Katastrophe im Auftrag der Stadt Wien erfolgreich Schulen errichtet und betrieben. Das vorliegende Projekt beabsichtigt die Einrichtung von Computerklassen, in denen 70 Mädchen in einem Ganztagsschulbetrieb ein Jahr lang intensiv ausgebildet werden. Der Lehrplan ist mit den staatlichen Institutionen abgestimmt und die Absolventinnen erwerben ein national anerkanntes Diplom, mit dem sie auf dem Arbeitsmarkt gute Chancen haben, ein eigenes Einkommen erwirtschaften zu können. Durch diese Maßnahme ist es Mädchen in dieser ländlichen Region erstmals möglich, eine kostenlose Ausbildung in einem wirtschaftlich hoch relevanten Bereich zu

absolvieren. Die im Rahmen des Projekts installierte PC-Infrastruktur wird der Schule auch nach Projektabschluss langfristig zur Verfügung stehen.

2.12. Türkei



Projektland: Türkei Hauptstadt: Ankara Größe: 814.578 km2 Einwohnerzahl: 73,7 Mio.

Sprachen: Türkisch, Kurdisch, Armenisch u.a. Human Development Index (HDI): 0.679 (83.)

Projektträger: LeEZA

Laufzeit: 1. Mai 2011 bis 30. April 2012

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: "Frauenzentrum in Tunceli/Dersim"

Ausgangslage:

Das Projektgebiet des vorliegenden Förderantrages liegt im Osten der Türkei, in einer ethnisch und religiös gemischten Region, die von KurdInnen, ArmenierInnen und TürkInnen bewohnt wird. In der Stadt Tunceli/Dersim und Umgebung wohnen Einheimische und Binnenflüchtlinge, deren Dörfer während des Krieges in den 1990er Jahren durch das türkische Militär zerstört wurden. Ebenso leben hier nun zwangsumgesiedelte Personen, die ihre Wohngebiete durch die begonnen Staudammprojekte räumen mussten. Die BewohnerInnen, allen voran die Frauen, leiden an den Folgen des Krieges, der Armut sowie der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der ethnischen Zugehörigkeit.

Maßnahmen:

Um die wirtschaftliche, soziale und psychische Situation nachhaltig zu verbessern, wird LeEZA in Abstimmung mit der Bürgermeisterin der Stadt Tunceli/Dersim ein Frauenzentrum errichten. Die Angebote werden Sozialberatung, Psychotherapie, Information zu Menschenrechten, Gesundheit und Gewaltprävention umfassen. Methodisch werden Workshops, Vorträge und Exkursionen angeboten werden. In aufsuchender Sozialarbeit werden auch Zwangsprostituierte, die in sogenannten "Kaffeehäusern" arbeiten, in das Projekt eingebunden.

Bislang gibt es in der Region kein einziges Frauenzentrum oder eine Beratungsstelle. Durch das vorliegende Förderansuchen wird der Betrieb eines Frauenzentrums inklusive mobiler Mitarbeiterinnen erstmals möglich.

Durch die beabsichtigten Aktivitäten erlangen die Frauen Wissen und Selbstvertrauen, um patriarchale Strukturen aufzubrechen, frauendiskriminierende Traditionen zu beenden und die ihnen zustehenden Rechte in Anspruch zu nehmen. Die Stadt Wien wird die Aktivitäten des Frauenzentrums ein Jahr lang im Sinne eines Pilotprojekts finanzieren, der Weiterbetrieb ist beabsichtigt. Auf Grund der genannten Fakten stellt das Projekt einen äußerst positiven entwicklungspolitischen Beitrag zur Erreichung der genderspezifischen Millennium Development Goals dar.

2.13. Ukraine



Projektland: Ukraine Hauptstadt: Kiew Größe: 603.700 km2 Einwohnerzahl: 45,6 Mio.

Sprachen: Ukrainisch, Russisch u.a.

Human Development Index (HDI): 0,796 (85.)

Projektträger: Caritas

Laufzeit: 1. Juli 2011 bis 30. Juni 2012

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: "Prävention der Mutter-Kind-Übertragung von HIV"

Ausgangslage:

Die Ukraine ist das von HIV/AIDS am schwersten betroffene Land Europas. Laut aktueller Schätzung von UNAIDS sind zwischen 300.000 bis 410.000 UkrainerInnen HIV-positiv. Zehn Prozent davon sind Kinder. Die medizinische Versorgung des Landes funktioniert schlecht und ist besonders für HIV-positive Menschen unzureichend. Darüber hinaus fehlt eine staatliche Krankenversicherung.

Odessa zählt zu den am stärksten betroffenen Regionen des Landes. Hier ist die Infektionsrate überdurchschnittlich hoch, wobei viele Personen nicht wissen, dass sie das HI-Virus bereits in sich tragen. Ein spezielles Problem ist die Übertragung des HI-Virus von Schwangeren und stillenden Müttern auf ihr Kind. Dabei wäre bei einer optimalen Versorgung mit antiretroviralen Medikamenten, einer adäquaten Hygiene und durch begleitende Untersuchungen die Mutter-Kind-Übertragung nahezu auszuschließen.

Maßnahmen:

Die Caritas Wien wird nun gemeinsam mit der Caritas Spes Odessa ein mehrdimensionales Projekt zur Verhinderung der HIV-Ansteckung umsetzen. Dazu werden 100 HIV-positive Schwangere und 100 Babys bis zu einem Alter von 18 Monaten ein Jahr lang medizinisch, sozial und juristisch begleitet, um eine Übertragung zu verhindern. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit den lokalen AIDS-Kliniken und Geburtsstationen sowie anderen NGOs.

Die Maßnahmen umfassen Beratung in der Prophylaxe vertikaler Transmission, Beratung zum HIV-Test, Sozialbetreuung von Schwangeren und jungen Müttern, Unterstützung bei der antiretroviralen Therapie sowie materielle Hilfe für den Erwerb von Medikamenten, Windeln und Babynahrung.

Weiters wird Aufklärungsarbeit zur generellen Bewusstseinbildung zum Thema HIV/AIDS erfolgen. Auch sollen HIV-positive Schwangere, die bisher noch keinen Zugang zum Gesundheitssystem gefunden haben, durch das Projekt einbezogen werden.

Darüber hinaus ist die Caritas Spes Odessa stark im Bereich Lobbying und Advocacy für die Zielgruppe engagiert, um die gesetzlichen Rahmenbedingungen und Leistungen für HIV-positive Menschen zu verbessern und setzt sich gegen ihre Stigmatisierung in der Gesellschaft ein.

2.14. Vietnam



Projektland: Vietnam
Hauptstadt: Hanoi
Größe: 331.698km2
Einwohnerzahl: 90,5 Mio.
Sprachen: Vietnamesisch u.a.

Human Development Index (HDI): 0,572 (113.)

Projektträger: Kamillianer

Laufzeit: März 2011 bis September 2013

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: "Schulbildung für Kinder und Maßnahmen gegen Lepra"

Ausgangslage:

In der aufstrebenden Wirtschaft Vietnams gibt es kaum einen Platz für die, die nicht zum ökonomischen Erfolg beitragen können. Dazu zählen kranke und behinderte Menschen, die am Rand der Gesellschaft leben müssen. Besonders stigmatisiert und medizinisch unterversorgt sind die Leprakranken. Laut WHO waren 2010 rund 230.000 Menschen weltweit mit dieser bakteriellen Infektionskrankheit infiziert, die eigentlich seit gut 30 Jahren durch eine medikamentöse Therapie heilbar ist.

In Vietnam sind laut nationaler Statistik ca. 1.000 Personen erkrankt, wobei diese Zahl seitens der Nichtregierungsorganisationen als zu niedrig eingestuft wird. Der Grund dafür liegt in der Unzugänglichkeit der Wohngebiete vieler erkrankter Personen. Lepra, eine klassische Erkrankung bedingt durch Armut, findet sich in abgelegenen Bergregionen oder in den Slums von Ho Chi Minh City. Leprakranke leben oft von ihren Familien ausgestoßen, können keine Schule besuchen oder einer Arbeit nachgehen und sind auf Almosen angewiesen.

Maßnahmen:

Die Österreichische Provinz der Kamillianer, ein auf Krankenpflege spezialisierter Orden, wird mit seiner vietnamesischen Niederlassung ein Projekt in der Region Ho Chi Minh zur Prävention bzw. zur Schulausbildung von Kindern mit Lepra umsetzen.

In der ersten Phase wird die medizinische Versorgung- und Rehabilitation für 30 schwer von Lepra Betroffene sowie deren 50 Kinder erfolgen. Im Wohngebiet dieser Menschen werden zusätzlich Filter für bestehende Trinkwasserversorgungseinrichtungen installiert, um die allgemeine Hygienesituation zu verbessern. Als zweite Maßnahme wird für 50 Kinder, die vom Besuch einer öffentlichen Schule ausgeschlossen sind, der Unterricht an einer privaten Schule über einen Zeitraum von zwei Jahren ermöglicht. In der dritten Projektphase werden Workshops mit ausgebildeten SozialarbeiterInnen für LehrerInnen durchgeführt. Dabei werden Gesundheitserziehung, Hygiene und Prävention der Ansteckung unterrichtet. Ein weiteres Ziel der Workshops ist die Bewusstseinsbildung für einen diskriminierungsfreien Umgang mit Leprakranken. Das Projekt ist insofern förderungswürdig, als es den Zielen der Inklusion von Menschen mit Behinderung in Entwicklungsländern entspricht und einen nachhaltigen Beitrag zur Bekämpfung einer Infektionskrankheit und ihrer sozialen Folgeerscheinungen leistet.

2.15. Westsahara



Projektgebiet: Sahaurische Flüchtlingslager in Algerien

Projektträger: GEZA

Laufzeit: 1. Oktober 2011 bis 31. Dezember 2012

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: "Stärkung der Kapazitäten für Pflege in den sahaurischen Flüchtlingslagern"

Ausgangslage:

Auch nach der 1991 geschlossenen Waffenstillstandsvereinbarung zwischen Marokko und der POLISARIO, der politischen Vertretung des Territoriums Westsahara, ist die völkerrechtliche, politische und soziale Situation umstritten und von Konflikten gekennzeichnet. Trotz einer Präsenz der UNO vor Ort und einer Aufforderung der internationalen Staatengemeinschaft an Marokko, ein Referendum über den zukünftigen Status der Westsahara abzuhalten, ist die Lage nach wie vor unverändert. Bis heute leben etwa 170.000 Sahauris in fünf Flüchtlingslagern nahe der Stadt Tindouf in der algerischen Sahara. Das Gebiet der Westsahara ist aktuell durch eine befestigte und verminte Grenzanlage geteilt. Diese wurde von Marokko entlang der Waffenstillstandslinie errichtet. Das Interventionsgebiet des vorliegenden Projekts sind die fünf von der sahaurischen Exilregierung selbstverwalteten Lager. GEZA wird deshalb mit dem Kooperationsministerium der sahaurischen Selbstverwaltungsbehörde ein Projekt zum Kapazitätsaufbau im Bereich Pflege und Geriatrie umsetzen.

Die Kapazitäten vor Ort sind sehr beschränkt. Es gibt kein ausgebildetes Personal im Bereich Geriatrie, Pflege von behinderten Menschen und Gesundheitsprävention. Die Pflege erfolgt in den Familien, die aber nur schwer Zugang zu Pflegematerialien haben. Dazu kommt, dass eine alternde Gesellschaft auch in den sahaurischen Lagern ein relativ neues Phänomen ist und eine zusätzliche soziale und politische Herausforderungen darstellt.

Maßnahmen:

Durch zwei Personaleinsätze österreichischer PflegeexpertInnen werden nun 20 Personen intensiv in den Bereichen Pflege von alten Menschen und Pflege mental-psychisch behinderter Menschen ausgebildet.

In einer zweiten Projektphase werden die bereits bestehenden Sozialassistentinnen durch österreichische ExpertInnen als Multiplikatorinnen in geriatrischen Maßnahmen geschult. Weiters wird ein Kontingent an Pflegeutensilien angeschafft.

Eine Bewusstseinsbildungskampagne wird 30 Prozent der LagerbewohnerInnen über die speziellen Bedürfnisse alter und pflegebedürftiger Menschen informieren und Gesundheitsvorsorge betreiben. Dazu werden ca. 300 Plakate und ca. 50 ausgestrahlte Radio- und TV-Spots beitragen.

Auf Grund der besonders prekären Umstände in den Flüchtlingslagern ist der durch dieses Projekt angestrebte Kapazitätsaufbau, insbesondere bei Frauen, ein geeigneter Ansatz, um alten und behinderten Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen.

3. Sonderprojekte

3.1. Flutkatastrophe in Pakistan (I)



Projektland: Pakistan Hauptstadt: Islamabad Größe: 880.254 km2 Einwohnerzahl: 173 Mio. Sprachen: Urdu, u.a.

Human Development Index (HDI): 0,490 (141.)

Projektträger: Johanniter-Unfall-Hilfe **Laufzeit**: 1. Juli 2011 bis 30. April 2012

Förderung: EUR 70.000,-

Titel: "Gesundheits- und Ernährungsprogramm für Flutopferhilfe"

Ausgangslage:

Im Sommer 2010 verwüstete eine gigantische Überschwemmung weite Teile Pakistans. Über 1000 Menschen wurden getötet, 21 Millionen Menschen wurden obdachlos. Hinzu kam die Vernichtung der Landwirtschaft als Haupteinkommensquelle der Bevölkerung sowie die Zerstörung der Infrastruktur, insbesondere im Schul-, Gesundheits- und Verkehrssektor. Schon vor der Naturkatastrophe waren die staatlichen Institutionen nur mangelhaft ausgestattet und sie sind derzeit kaum in der Lage, den gegenwärtigen Anforderungen zu entsprechen.

Maßnahmen:

Die Johanniter Unfallhilfe in Österreich führt mit der vor Ort tätigen deutschen Muttergesellschaft und unter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung und vorhandener ExpertInnen ein großes Wiederaufbauprojekt im Bereich Gesundheit und Ernährung in der Region Nowshera im Norden Pakistans durch. Die primären Ziele des Vorhabens sind einerseits die Stärkung des bestehenden staatlichen Gesundheitswesen mit Ausrüstung, Arzneimitteln und baulichen Instandsetzungsmaßnahmen und andererseits die Senkung der Krankheitsanfälligkeit und Sterblichkeit von Kindern bis zu zwei Jahren durch verbesserte Ernährung und medizinische Betreuung. Das Gesamtvolumen beträgt knapp 215.000 Euro,

davon wird die Stadt Wien im Ausmaß von 70.000 Euro eine Teilfinanzierung übernehmen. Die mit Wiener Finanzmitteln realisierten Aktivitäten an drei Bezirksgesundheitsstationen umfassen die Lieferung von dringend benötigten Medikamenten, die Ausstattung mit medizintechnischen Geräten und Spitalsmöbeln inklusive drei Stillräume für 30 Müttergruppen. Weiters wird die Ausbildung von lokalem Personal in den Bereichen Neonatologie und Kinderkrankheiten sowie Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern finanziert. Dazu kommt die bauliche Instandsetzung der Gesundheitsstationen sowie die Errichtung einer Wasserversorgung und von Sanitäreinrichtungen. Weiters wird eine Teilfinanzierung eines KFZs für einen pakistanischen Mitarbeiter sowie andere projektbezogene Transportkosten erfolgen. Das Projekt wurde nach einem in die Tiefe gehenden Assessment mit den lokalen Behörden und der Bevölkerung geplant und wird einen wesentlichen Beitrag zum Wiederaufbau im Gesundheitssektor leisten.





Fotos: Johanniter

3.2 Flutkatastrophe in Pakistan (II)



Projektland: Pakistan Hauptstadt: Islamabad Größe: 880.254 km2 Einwohnerzahl: 173 Mio. Sprachen: Urdu, u.a.

Human Development Index (HDI): 0,490 (141.)

Projektträger: Hilfswerk Austria

Laufzeit: 1. Oktober 2011 bis 30. April 2012

Förderung: EUR 100.000,-

Titel: "Infrastrukturentwicklung im Grundschulsektor"

Ausgangslage:

Im Juli und August 2010 kam es in Pakistan in Folge eines außergewöhnlich starken Monsunregens zu Überschwemmungen, bei denen bis zum 3. September 2010 offiziell 1.738 Menschen ums Leben kamen. 1.781.018 Häuser wurden beschädigt. Die Wassermassen zerstörten zunächst vor allem zahlreiche neu errichtete Brücken und Straßen am Oberlauf des Indus, bevor sie den gesamten Flusslauf bis nach Sindh am Indischen Ozean beeinträchtigten. Nach Angaben der Vereinten Nationen waren mehr als 14 Millionen Menschen von den Überschwemmungen betroffen, von denen mindestens sechs bis sieben Millionen unmittelbar humanitäre Hilfe benötigten. Auch im Sommer 2011 kam es erneut zu schweren Überschwemmungen. In Folge dessen nahm auch das ohnehin schwach entwickelte Bildungswesen Pakistans schweren Schaden. Durch die Zerstörung der schulischen Infrastruktur verloren mehr als eine Million SchülerInnen ihrer Bildungsmöglichkeiten. Da die staatlichen Budgetaufwendungen in Pakistan für Bildung mit 2,5 Prozent sehr gering sind und die AnalphabetInnenenrate mit 50 Prozent sehr hoch liegt, ist ein Wiederaufbauprojekt zur Förderung der Bildung von enormer Wichtigkeit. Speziell der Schulbesuch von Mädchen soll dazu beitragen, die Analphabetinnenraten bei Frauen, die derzeit bei über 60 Prozent liegt, zu senken.

Maßnahmen:

Das Hilfswerk Austria International bewerkstelligt gemeinsam mit der lokalen Partnerorganisation Karachi Relief Trust (KRT) den Wiederaufbau von fünf Volksschulen in

der Provinz Sindh. Der Schwerpunkt wird auf Mädchenschulen bzw. auf gemischten Schulen mit einem hohen Mädchenanteil liegen. Nach einer neuerlichen Begutachtung der baulichen Schäden werden unter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung die Instandsetzungsarbeiten beginnen und nach ca. 10 Monaten abgeschlossen werden. Bei den Arbeiten an Mauerwerken, Elektro- und Wasserinstallationen, Sanitäreinrichtungen sowie bei der Möblierung der Schulen wird auf die Verwendung von möglichst lokal produzierten Materialien sowie auf die Anstellung einheimischer Arbeitskräfte geachtet werden. Das Aufbauprojekt ist mit den staatlichen Bildungsbehörden koordiniert, sodass der Betrieb der Schulen nach der Fertigstellung sichergestellt ist. Durch die Anschaffung von lokal verfügbaren Materialien werden in der Bauphase ca. 100 Familien davon profitieren.

Die errichteten Schulen werden schon Ende des Jahres 2012 mindestens 500 SchülerInnen eine angemessene und sichere Lernumgebung schaffen.

4. Entwicklungspolitische Fachtagung

Müll aus entwicklungspolitischer Perspektive

Anlässlich der Wiener entwicklungspolitischen Fachtagung sprachen am 6. Dezember 2011 im Wiener Rathaus ExpertInnen zu aktuellen Fragen rund um das Thema Müllvermeidung und Recycling. Auch in den Entwicklungsländern wird der Müll durch Urbanisierung und veränderte Lebensgewohnheiten ständig mehr. Er stellt dort einerseits eine gesundheitliche Bedrohung dar, andererseits ist das Sammeln und Wiederverwerten von Wertstoffen für Millionen Menschen zu einer unverzichtbaren Einkommensquelle geworden. Zwar sind in den Entwicklungsländern noch immer 70 Prozent der Abfälle organische Reste, doch tendenziell werden global die Mengen des anorganischen Mülls immer größer. Zum Vergleich: In den ärmsten Ländern der Welt werden pro Kopf und Tag ca. 60 dag Müll produziert, in den reichen Staaten des Nordens sind es doppelt oder dreimal so viel.

Ghana als Endlager für Elektronikmüll

Mike Anane, Umweltjournalist aus Ghana, informierte die interessierten BesucherInnen über die Problematik der illegalen Exporte von Elekronikabfällen in seiner Heimat. Nicht mehr benötigte PCs und Spitalsmüll landen dort auf offenen Deponien, wo sie von Kindern ohne Schutzausrüstung zerlegt und nach verkaufbaren Metallen durchsucht werden. Gravierende Gesundheitsschäden durch Vergiftungen mit Blei, Cadmium u.a. toxischen Stoffen sind die Folgen. Mike Anane appellierte in seinem Referat an die Verantwortlichen, mehr für Recycling im Herkunftsland zu unternehmen, anstatt den Entwicklungsländern die Bürde der Entsorgung des Hightechmüll aufzuerlegen.

Die Müllsammlerinnen von Kapstadt

Die Magistratsdirektion- Auslandsbeziehungen der Stadt Wien unterstützt im Rahmen der Wiener Entwicklungszusammenarbeit das Projekt "Obdachlos, nicht hilflos" in Kapstadt. In der südafrikanischen Metropole erzielen obdachlose Frauen durch das Sammeln von Müll in den Siedlungsgebieten bzw. durch den Weiterverkauf der Wertstoffe ein eigenes Einkommen. Mit sozialarbeiterischer Begleitung entkommen sie schrittweise dem Kreislauf von Armut, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Gewalt. Aus einigen Abfällen werden in liebevoller Handarbeit auch kleine Kunstwerke hergestellt, deren Verkauf eine zusätzliche Einkommensquelle darstellt.

Essen ist kein Müll

Auf großes Echo stieß der Vortrag von Martin Haiderer, dem Gründer der Wiener Tafel. Rein rechnerisch müsste niemand auf der Welt hungern, werden doch in Europa mehr

Lebensmittel weg geworfen, als zur Beseitigung des weltweiten Hungers nötig wären. Diese Statistik macht betroffen: In Wien wird täglich die Menge an Brot entsorgt, die die Stadt Graz verbraucht. Ein Viertel der produzierten Lebensmittel landen auf Grund von Überproduktion hierzulande im Müll. Der Wert von 380 Euro wird in Österreich pro Kopf an noch genießbaren Lebensmitteln vernichtet. Die Wiener Tafel hat es sich erfolgreich zur Aufgabe gemacht, genussfähige Nahrungsmittel an sozial Bedürftige abzugeben.

Die "Drei R-Regel" gilt weltweit

Auch den Positionen der ExpertInnen der Wiener Magistratsabteilung 48, der Universität für Bodenkultur und des Lebensministeriums war eines gemeinsam: Der globalen Bedrohung durch Müll kann nur durch einen bewussten Umgang mit den Ressourcen begegnet werden. Dazu kann jeder einen Betrag durch die Anwendung der "Drei R-Regel" leisten. Die Reduzierung der Müllmenge (reduce), die Weiterverwendung der Produkte durch Reparatur oder Umwandlung zu anderen Waren (re-use) sowie die Förderung der Wiederverwertung (recycle).



Bild: DI Josef Thon (MA 48), GRin Susanne Bluma, Mike Anane



Bild: Lydia Dyk, SADOCC



Foto: Magistratsdirektion - Europa und Internationales

5. Fotoausstellung "Frauen in Namibia"

Die MD-EUI organisierte gemeinsam mit der für EZA-Aufgaben betrauten Stelle für Umweltrecht des Landes Niederösterreich anlässlich des internationalen Landfrauentages im Niederösterreichischen Landhaus eine Fotoausstellung zu unterschiedlichen Lebenswelten von Frauen in Namibia. Die Österreichische Namibia Gesellschaft konnte dafür erneut als Mitveranstalter gewonnen werden.





Fotos: Österreichische Namibia Gesellschaft

6. Sensibilisierung für entwicklungspolitische Anliegen

Ehrenamtliche in der humanitären Kooperation

Auf Einladung der Magistratsdirektion – Auslandsbeziehungen der Stadt Wien präsentierten am 14. September 2011 sechs bilaterale Freundschaftsgesellschaften, die im Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften – Partner aller Nationen (PaN) vertreten sind, anlässlich des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit ausgewählte Best-Practices-Modelle der internationalen humanitären Kooperation. Die 110 bilateralen Freundschafts-Vereinigungen leisten unermüdlich Freiwilligentätigkeit mit hoher moralischer und interkultureller Kompetenz.

Uganda

Die Aktivitäten der Österreichisch-Ugandischen Freundschaftsgesellschaft (ÖUFG) sind dabei ein gutes Beispiel für die vielen Facetten der bilateralen Zusammenarbeit. Als im Jahr 1986 nach fünf Jahren blutiger Auseinandersetzungen die Regierung Ugandas vom "National Resistance Movement" (NRM) übernommen wurde, entstand zeitgleich als österreichische Solidaritätsvereinigung die "Projektgruppe für den Wiederaufbau Ugandas". Maßgeblich dafür waren die in Österreich lebenden Exil-Ugander/innen und die dadurch entstanden persönlichen Kontakte sowie das im niederösterreichischen Unterolberndorf 1985 von Vertretern der ugandischen Widerstandsbewegung verfasste 10-Punkte-Programm für einen politischen Neuanfang in Uganda. Das politische Engagement der Gruppe trug auch dazu bei, dass Uganda ein Schwerpunktland der ÖEZA wurde.

Integration ehemaliger Kindersoldaten

Infolge des bewaffneten Kampfes der Lord Resistance Army (LRA) gegen die Regierung Ugandas, wurden im Norden des Landes im Zeitraum von 1986 bis 2009 durch die LRA rund 20.000 minderjährige Burschen und Mädchen entführt und als Kindersoldaten missbraucht. Der Terror der LRA zwang die Bevölkerung zur Flucht in Lager, es kam zu blutigen Massakern in den Dörfern unter Beteiligung der zwangsrekrutierten Kinder. Nach dem Abzug der LRA in den Kongo 2009 blieben viele ehemalige Kindersoldaten zurück. Die Rückkehr der ehemaligen KämpferInnen in eine dörfliche Gesellschaft ist äußerst schwierig, da sie Opfer und Täter des Konflikts in einer Person sind. Die RückkehrerInnen sind traumatisiert und stigmatisiert, ohne Ausbildung und familiäres Netz. Die ÖUFG unterstützt daher ein von der lokalen NGO "Community Network for Social Justice" geleitetes Projekt zur Sensibilisierung der Gemeinden zum Thema Versöhnung und soziale Integration ehemaliger

Kindersoldaten. Das Projektgebiet im Distrikt Amuru umfasst 25 Gemeinden, in denen Kurse über bürgerliche Rechte und Pflichten sowie Verhaltenstrainings angeboten werden und eine Basisausbildung in Landwirtschaft vermittelt wird. Sport-, Musik- und Theaterveranstaltungen helfen weiters, den Weg der Versöhnung fortzusetzen. Die Aufnahme eines ehemaligen Kindersoldaten in eine Familie der Dorfgemeinschaft ist das schon mehrfach erreichte Ziel des Projekts.



Bild: Univ.-Prof. Dr. Hermann Mückler, Österreichisch- Fidschianische Gesellschaft Foto: Magistratsdirektion – Europa und Internationales

7. Humanitäre Hilfe

7.1. Moldau

Am 13. September 2011 wurde ein nicht mehr benötigter Omnibus an den Verein Confinis übergeben. Der speziell für die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen adaptierte Bus wird für Transporte von kranken und pflegebedürftigen Personen in den im Norden von Moldau gelegenen Bezirken Briceni, Edinet und Rascani eingesetzt werden. Die Stadt Wien möchte damit einen Beitrag zur Stärkung des Gesundheitssektors in Moldau leisten. Das moldawische Gesundheitssystem ist chronisch unterversorgt, wodurch besonders die Schwächsten der Gesellschaft zu leiden haben. Selbst im akuten Notfall ist der rasche Transport zu einem Krankenhaus in dieser Region Europas nicht gewährleistet. Das Wiener Spezialfahrzeug wird es für PatientInnen möglich machen, medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen bzw. Physiotherapien zu erhalten.



Bild: Mag. Bernhard Bouzek (MD-EUI), Cecile Cordon (Confinis), Wolfgang Laumann (Ma48)

Foto: Magistratsdirektion – Europa und Internationales

7.2. Rumänien

Im August 2011 wurden nicht mehr benötigte Möbel aus dem ehemaligen Schwesternschülerinnenheim des Krankenhauses Rudolfstiftung für den Transport nach Sibiu (dt. Hermannstadt) von Freiwilligen des "Teams Österreich" und der Justizanstalt Simmering verladen. Die durch den Abbruch des Gebäudes zur Verfügung stehenden Betten, Schränke, Schreibtische, Küchenzeilen und Sanitäreinrichtungen wurden per LKW nach Siebenbürgen transportiert und dort den städtischen Dienststellen im Sozial- und Bildungswesen zur Verfügung gestellt.

Die Stadt Wien unterstützt damit den in Sibiu bereits erfolgreich beschrittenen Weg der Verwaltungsreform unter Bürgermeister Klaus Johannis. Der Stadt- und Kreisverwaltung von Sibiu wurden in jüngster Zeit immer mehr Kompetenzen seitens der Zentralregierung übertragen, die dazu notwendigen Finanzmittel wurden auf Grund der angespannten Budgetsituation aber nicht zur Verfügung gestellt. Ein Verwaltungsapparat, dessen Infrastruktur funktioniert, ist aber eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung der Region sowie für die Qualitätssicherung im Sozial, Gesundheits- und Bildungsbereich. Die Möbelspende der Stadt Wien stellte dazu einen kleinen, aber erheblichen Beitrag zur Effizienzsteigerung dar.



Foto: Magistratsdirektion-Europa und Internationales

7.3. Serbien

Die MD-EUI konnte ein außer Dienst gestelltes Müllsammelfahrzeug der MA 48 an Vertreter der Gemeinde Knjazevac in Serbien übergeben. Der engagierte Gemeinderat der serbischen Kommune hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Müllsammlung zu professionalisieren und einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten. Wo bisher der Müll in offenen Anhängern eingesammelt wurde, kann ab sofort dank des Fahrzeuges aus Wien effizient und umweltschonend der Haushaltsmüll entsorgt werden. Mit einer derartigen Unterstützung stärkt die Stadt Wien die Wiederherstellung einer kommunalen Verwaltung, die den BürgerInnen Dienstleistungen anbieten kann.



Foto: Magistratsdirektion - Europa und Internationales

7.4 Ukraine

Bereits zum wiederholten Mal konnte eine humanitäre Weihnachtsaktion für Kinder in der Ukraine organisiert werden. Aus Flohmarktbeständen der MA 48 konnten Bücher, Lernspiele und Stofftiere an deutschsprachige Kindergärten und Schulen abgegeben werden.



Foto: Magistratsdirektion – Europa und Internationales

7.5 Unterstützung humanitärer Hilfslieferungen

Die MD-EUI unterstützte auch humanitäre Hilfslieferungen von NGOs. Medizinische und technische Ausrüstung wurde 2011 in folgende Länder geliefert: Bosnien-Herzegowina, Moldau, Serbien, Slowakei, Rumänien und Ukraine. Ein Arzt reist mit Unterstützung der MD-EUI nach Kenia, um dort in den Sommermonaten dringend notwendige Gaumenspaltenoperationen an Kindern durchzuführen.



Foto: Direkthilfe Roma

Impressum:

Stadt Wien

Magistratsdirektion – Europa und Internationales

Text: Mag. Bernhard Bouzek

Friedrich Schmidt Platz 3

1082 Wien

Wien, Februar 2012